
Information zur Problematik von "Sputnik" und "Freie Welt"

Das "Sputnik"-Verbot 1988 kritisierten auch DDR-Journalisten des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN). Sie stellten den Sinn der Maßnahme der SED-Führung infrage und diskutierten die im Neuen Deutschland erschienene Meldung dazu.

Die sowjetische Monatszeitschrift "Sputnik" existierte seit 1967 in der UdSSR und erschien in mehreren Sprachen. Sie sollte das Erscheinungsbild des Landes in sozialistischen Staaten und in westlichen Ländern verbessern und verzichtete deswegen weitgehend auf sozialistische Rhetorik. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte "Sputnik" in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch über die Reformpolitik Gorbatschows und griff frühere Tabuthemen auf, wie die Verbrechen Stalins. In der DDR eröffnete die Zeitschrift ihrer Leserschaft damit eine willkommene Abwechslung in der Medienlandschaft.

Von der SED-Führung wurde sie hingegen zunehmend kritisch betrachtet. Als die November-Ausgabe von 1988 den in der DDR-Geschichtsschreibung geleugneten Hitler-Stalin-Pakt thematisierte sowie die Stalin-hörige KPD der 20er Jahre kritisierte, untersagten SED-Funktionäre am 18. November 1988 den weiteren Vertrieb der Zeitschrift in der DDR. Das Heft wurde eingezogen und eingestampft - mit der Begründung, die Zeitschrift enthalte "keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte".

Die Stasi registrierte, dass Journalisten der ADN das Verbot für einen Fehler mit unabsehbaren Folgen hielten. Die Stimmung in der Bevölkerung würde sich dadurch weiter verschlechtern und das Misstrauen gegenüber der SED zunehmen. Außerdem sei bekanntgegeben worden, dass wegen angeblichen Papiermangels die von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft herausgegebene Zeitschrift "Freie Welt" nicht mehr erscheinen werde.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 14922, Bl. 1-2

Metadaten

Dienst Einheit: Hauptabteilung II

Urheber: MfS

Datum: 18.12.1988

Rechte: BStU

Information zur Problematik von "Sputnik" und "Freie Welt"

ZAIG 17. 62881 P.P. / bi

Hauptabteilung II

Berlin, 18. 12. 88
Informations-Nr: 4856/88

Streng geheim

BSU 000001 Blatt 2

Information

zur Problematik "Sputnik" und "Freie Welt"

20. DEZ 1988
73477
1
2

Inoffiziell wurde zuverlässig bekannt, daß nach Erscheinen der Mitteilung über die Streichung der sowjetischen Monatszeitschrift "Sputnik" von der Liste des Postzeitungsvertriebes sofort heftige Diskussionen unter den Journalisten beim ADN einsetzten.

Die Quelle berichtete, daß übereinstimmend diese Maßnahme als "unkluger, politisch falscher Schritt mit nicht absehbaren Folgen" eingeschätzt würde.

Kritik wurde auch geübt an der stilistisch und politisch-inhaltlichen Abfassung der "Sputnik"-Meldung im ND. Der Fakt "keine Beiträge, die der deutsch-sowjetischen Freundschaft dienen" wäre nicht haltbar. Zweifel wurden insbesondere an der politischen und journalistischen Nützlichkeit "des Verbotes sowjetischer Publikationen" geäußert. Bei stattgefundenen Agitationsrunden bzw. offenen Leitungsinformationen im ADN wurde die getroffene Entscheidung negativ beurteilt.

Vereinzelte wurde die Meinung vertreten, "man müßte einen offenen Brief an M. Gorbatschow schreiben".

Im Gegensatz hierzu äußerte der Sekretär der Zentralen Parteileitung des ADN, Genosse [REDACTED], "wer nach dem nicht erschienenen Oktober-Heft des "Sputnik" fragen würde, handele parteifeindlich".

Der Quelle zu Folge habe es als Reaktion auf die Streichung des "Sputnik" von der Postvertriebsliste in der Akademie der Wissenschaften zahlreiche Austritte aus der DSF gegeben. Weiterhin sollen hunderte Anfragen bzw. Protestschreiben bei den Redaktionen der Presse bzw. beim Postministerium eingegangen sein.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 14922, Bl. 1-2

Blatt 1

Information zur Problematik von "Sputnik" und "Freie Welt"

BSTU
000002

Die Stimmung in der Bevölkerung würde sich weiter verschlechtern. Es wurden unter den Journalisten z. T. Meinungen vertreten, daß es keine innerparteiliche Demokratie mehr gebe. Das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk gebe es nicht mehr, zumindest habe es sich aber stark verschlechtert. Den Festlegungen im Statut der SED zur Rolle der Sowjetunion und der deutsch-sowjetischen Freundschaft würde mit den jüngsten Entscheidungen nicht mehr entsprochen.

Weiterhin wurde bekannt, daß ab 1. 1. 1989 die "Freie Welt" sowie einige Modejournale aus der Sowjetunion nicht mehr erscheinen werden. Die Begründung hierfür, Papiermangel.

Aufgrund der gegenwärtigen Diskussionen wird diese Maßnahme, deren Begründung als stichhaltig angesehen wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt als unglücklich angesehen, Sie wird "ungewollt Öl aufs Feuer gießen".

Um Quellenschutz wird gebeten.

*Zusätzliche
nicht als
Lohnarbeit
man
vorgesehen
Zu welchem
Zeitpunkt
1989*